

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches mit Außenministerin Annalena Baerbock am 28. August 2023

Organisation

Werkstatt Ökonomie/Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), Heidelberg

Länderthema:

Namibia

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Auch 33 Jahre nach der formalen Unabhängigkeit bleibt Namibia ein von deutscher und südafrikanischer Kolonisierung geprägtes Land. Die sukzessiven SWAPO-Regierungen haben sich in koloniale Verhältnisse kooptieren lassen. Die in der aktuellen Verfassung verankerten Rechte bleiben für die meisten Namibier:innen unerreichbar, wie folgende Aspekte zeigen:

1. Verteilung von Land als Wohnraum und Produktionsmittel

Laut Statistik der Shack Dwellers Federation of Namibia leben mehr als 40% der Gesamtbevölkerung Namibias in informellen Siedlungen, die kaum oder gar keinen Zugang zu grundlegender Infrastruktur wie Strom, fließendem Wasser oder sanitären Einrichtungen und keine Landrechte haben. Jedes Jahr kommen weitere hinzu, die nach Beendigung ihrer Verträge auf den Farmen etwa durch strategisch, alters- oder betriebsbedingte Kündigung das Recht verlieren, dort weiter zu wohnen. Zwar ist dies charakteristisch für ganz Namibia, es betrifft aber vor allem die Ovaherero und Nama, Nachfahren der Opfer des Genozids 1904-1907, die überwiegend im Zentrum und im Süden leben. Sie sind überproportional von Landlosigkeit betroffen. Landbesitz ist nach wie vor überwiegend in den Händen der weißen Minderheit, wobei die deutschstämmigen Namibier:innen zu den größten Landbesitzer:innen gehören. Insgesamt befinden sich noch ca. 70 Prozent der kommerziell genutzten Agrarfläche im Besitz von Nachfahren der weißen Siedlerbevölkerung. Selbst die Hauptstadt Windhoek ist seit der Unabhängigkeit kaum gewachsen, obwohl ihre Bevölkerung aufgrund fehlender Perspektiven in ländlichen Räumen stark gestiegen ist, weil das Land um die Stadt herum sich im Privatbesitz befindet. Die (Ungleich-)Verteilung des Landbesitzes nach rassistischen Kriterien ist eine Folge der Enteignungsprozesse, die mit dem deutschen Kolonialismus ihren Anfang nahmen und die in der Nachkolonialzeit kaum korrigiert wurden. Zusätzlich ist Land in Namibia eine Klassen- und Geschlechterfrage geworden. Ein Teil der aktuellen politischen Elite gehört mittlerweile zu den Landbesitzenden und unter den 4.922 Bürger:innen Namibias in Besitz kommerziell genutzter Agrarfläche sind ungefähr 77 Prozent Männer, während Frauen nur ca. 23 Prozent ausmachen.

2. Ungleichheiten jenseits von Landbesitz

Nach wie vor hat Namibia die zweitgrößte Ungleichheit weltweit. Neben dem Zugang zu Land als Wohnraum, spirituellem Ort und Produktionsmittel, ist auch der Zugang zu Ressourcen wie Arbeit, Gesundheit, Bildung und Nahrung entlang der von Kolonialismus und Apartheid geprägten Grenzen und der neuen Dynamiken rund um Klassen, Geschlechter und Generationen ungleich verteilt. Die namibische Verfassung garantiert u.a. das Recht auf Bildung, Nahrung, Gesundheit, aber diese bleiben für die meisten Menschen aufgrund mangelnder institutioneller Kapazitäten und bürokratischer Hürden auf dem Papier. Ohne geeignete Instrumente und Mechanismen zur Durchbrechung historischer Ungerechtigkeiten perpetuiert sich die Armut von Generation zu Generation. Auch hier sind die Nachfahren der Opfer des deutschen Genozids besonders betroffen, da sie durch Vertreibung und Konfiszierung des Viehs im Kontext des Genozids ihrer Lebensgrundlage beraubt wurden. Von diesem Schock haben sie sich als Gemeinschaften bis heute nicht erholt.

3. Politische Marginalisierung der Nachkommen der Ovaherero und Nama

Der deutsche Genozid beeinflusst bis heute die sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse Namibias. Eine seiner Konsequenzen war, dass die dezimierten und zum Teil ins Exil nach Botswana und Südafrika gezwungenen Bevölkerungsgruppen der Ovaherero und Nama im Kampf für die Unabhängigkeit, der sich vor allem im Norden Namibias abspielte, nur eine geringere Rolle spielen konnten. Dies macht sich in der heutigen politischen Landschaft bemerkbar, da die Regierungspartei SWAPO ihre Legitimität aus dem

Befreiungskampf ableitet. Für die Ovaherero und Nama ist die demografische Schrumpfung als Folge des deutschen Genozids heute noch ein Faktor, der die politische Partizipation und das Mitbestimmungsrecht mitbeeinflusst.

4. Hohe Jugendarbeitslosigkeit und fehlende ökonomische Transformation

Es wird geschätzt, dass rund 36,2 Prozent der Bevölkerung Namibias zwischen 0 und 14 Jahre alt und rund 59,8 Prozent zwischen 15 und 64 Jahre sind. Die junge und arbeitsfähige Bevölkerungsgruppe ist sehr stark von Arbeits- und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit sind vielfältig. Sie rangieren von einem ungeeigneten Bildungssystem über ineffiziente Verwaltung bis hin zur strukturellen Ausrichtung der namibischen Wirtschaft. Als Rohstoffexporteur exportiert Namibia Arbeitsplätze, da die Wertschöpfung nicht vor Ort entsteht. Diese fehlenden Arbeitsplätze können durch Tourismus und Landwirtschaft nicht kompensiert werden. Der neue Trend um den grünen Wasserstoff hat Namibia wieder ins Zentrum deutscher Interessen rücken lassen. Dabei weisen die Produktion und der Export grünen Wasserstoffs von Namibia sowie anderen afrikanischen Ländern nach Deutschland und in die EU ähnliche Züge wie der kolonial geprägte Handel mit agrarischen und mineralischen Rohstoffen auf, die in westlichen Industrieländern verarbeitet werden. Mit diesem Modell der Arbeitsteilung sind Länder wie Namibia bis jetzt nicht in der Lage, sich zu industrialisieren und akute Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit und Armut zu lösen. Auch hier sind die Nachfahren des Genozids besonders betroffenen, da sie zusätzlich zu den für alle geltenden Dynamiken mit der Last intergenerationeller Traumata klarkommen müssen.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen:

- Das von der Bundesregierung mit der namibischen Regierung ausgehandelte Versöhnungsabkommen (Joint Declaration, JD) wird von den legitimen Nachkommen der Ovaherero und Nama nicht anerkannt, weil es aus ihrer Perspektive sämtliche Bestandteile der UN-Grundprinzipien und Leitlinien für das Recht auf Abhilfe und Wiedergutmachung für Opfer von groben Verstößen gegen die internationalen Menschenrechte und schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht missachtet. Dazu gehören u.a. Entschädigung, Rehabilitation und Garantien der Nicht-Wiederholung. Angesichts der Spannungen, die die JD in Namibia verursacht und unter Berücksichtigung der oben skizzierten Situation empfehlen wir der Bundesregierung zwei Maßnahmen:
 - Die Neueröffnung der Verhandlungen, um zu ermöglichen, dass diese gemäß der Resolution des namibischen Parlaments von 2006 federführend von den Nachkommen der direkt vom Genozid betroffenen Gruppen geführt werden, worin die namibische Regierung lediglich eine begleitende Rolle einnimmt. Ähnliche Verhandlungsprozesse hat die Bundesregierung bereits mit anderen Opfern grober Menschenrechtsverletzungen gemacht.
 - Aufbau eines Sonderfonds als Bestandteil des Entschädigungspakets zum Kauf ehemals enteigneten Landes und dessen Rückgabe an die Nachfahren der Ovaherero und Nama.
- Im Zusammenhang mit dem Versöhnungsprozess in Namibia fordern wir die Bundesregierung auf, der Frage nachzugehen, ob deutsche Institutionen in Namibia wie das Goethe-Institut, die politischen Stiftungen oder deutsche Schulen dazu beitragen, Kolonialitäten aufzuarbeiten oder diese zementieren. Welche Art von Beziehungen pflegen diese Institutionen mit den deutschsprachigen Namibier:innen? Agiert die deutsche Botschaft im Bewusstsein der noch nicht aufgearbeiteten Kolonialgeschichte oder fungiert sie als Verbündete der deutschsprachigen Namibier:innen?
- Was die Produktion und den Export von grünem Wasserstoff nach Deutschland angeht, ist ein Umdenken gefordert. Damit die Bundesregierung mit der Energie-Transition in Deutschland keine koloniale Arbeitsteilung zementiert, sondern zur aus der Perspektive Namibias dringend benötigten strukturellen Transformation beiträgt, müssen alle Formen wettbewerbsverzerrender Subventionen etwa für die Stahlindustrie abgebaut werden, damit eine Verlagerung der Wertschöpfung der Stahlindustrie und anderer energieintensiver Industriezweigen zugunsten der Länder Afrikas stattfinden kann. Diese verfügen nicht nur über die Energiequellen, sondern auch über die metallischen und mineralischen Ressourcen, deren Verarbeitung die Produktion des grünen Wasserstoffs im Kontext von Klimawandel notwendig macht. Nur so kann ein Land wie Namibia eine Chance bekommen, seine Ressourcen für die eigene strukturelle Transformation zu nutzen, um Menschenrechte für die dort lebenden Menschen Wirklichkeit werden zu lassen.